

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Posten. — Einzelne Nummern 7 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die sechsstelligen Nummern 10 Pf. oberhalb der Hauptnummern 10 Pf. im amtlichen Teil (aus dem Beiblatt) die Zeile 10 Pf. — Einzelnummern 5 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 257

Freitag den 3. November 1922

88. Jahrgang

Das Grundbuch Dippoldiswalde, Amtsvorwerksgrundstücke ist mit dem Grundbuch für Dippoldiswalde vereinigt worden. Die darin enthaltenen Grundbuchblätter sind, wie folgt, neu bezeichnet worden:

Blatt 2 = 971	34 = 987	58 = 1003	83 = 1019
3 = 972	35 = 988	59 = 1004	84 = 1020
7 = 973	36 = 989	60 = 1005	86 = 1021
17 = 974	37 = 990	61 = 1006	87 = 1022
20 = 975	38 = 991	62 = 1007	88 = 1023
22 = 976	39 = 992	63 = 1008	89 = 1024
23 = 977	43 = 993	64 = 1009	92 = 1025
24 = 978	45 = 994	65 = 1010	94 = 1026
25 = 979	47 = 995	66 = 1011	95 = 1027
26 = 980	48 = 996	69 = 1012	96 = 1028
27 = 981	50 = 997	70 = 1013	97 = 1029
28 = 982	51 = 998	71 = 1014	98 = 1030
30 = 983	52 = 999	74 = 1015	99 = 1031
31 = 984	53 = 1000	75 = 1016	101 = 1032
32 = 985	56 = 1001	76 = 1017	102 = 1033
33 = 986	57 = 1002	82 = 1018	

Das Amtsgericht Dippoldiswalde, den 1. November 1922.

## Bekanntmachung über Neu festsetzung der Werte der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn

Die weitere fortschreitende Geldentwertung macht eine abermalige Erhöhung des Wertes der Natural- und sonstigen Sachbezüge erforderlich.

Es werden daher mit Wirkung vom 1. November d. J. an die seit 1. Oktober 1922 gültigen Werte der Natural- und Sachbezüge (s. die finanzamtliche Bekanntmachung vom 29. September 1922) um 100 vom Hundert erhöht, d. h. das 4/5-fache der vom 1. Januar 1922 an geltenden Werte.

Finanzämter Dippoldiswalde und Heidenau, am 1. November 1922.

## Gebührensätze der Leichenfrau.

Die der hiesigen Leichenfrau zustehenden Gebühren betragen vom 1. November 1922 ab:

bei Bestattung von Erwachsenen in der Stadt Dippoldiswalde 400 M., bei Bestattung von Erwachsenen auf dem Lande 550 M., bei Bestattung von Kindern in der Stadt Dippoldiswalde 240 M., bei Bestattung von Kindern auf dem Lande 360 M.

Soweit sich die Heimbürgerin bei Bestattung Erwachsener einer Beihilfe bedienen muß, kann sie für diese außer der vorstehend festgesetzten Gebühr noch eine Beihilfegebühr von 80 M. in der Stadt Dippoldiswalde und von 140 M. auf dem Lande erheben. Die Beihilfe leistet in der Regel die stellvertretende Leichenfrau.

Dippoldiswalde, den 1. Novbr. 1922. Der Stadtrat.

## Hundesteuer betr.

Nachdem der 23. Novbr. zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dippoldiswalde oberbehördlich genehmigt worden ist, liegt dieser im Rathause Zimmer Nr. 12/14 Tage lang zur Einsicht aus.

Nach diesem Nachtrage beträgt die Hundesteuer ab 1. November ds. Js 400 M. für den ersten in einer Haushaltung von deren Vorstand, Angehörigen oder Bediensteten gehaltenen Hund, 500 M. für den zweiten und 700 M. für jeden weiteren Hund.

Zum Zwecke der Nacherhebung der Steuer auf die Zeit vom 1. November 1922 bis 31. März 1923 erfolgt eine Zahlung sämtlicher am Orte befindlicher Hunde nach dem Stande am 1. November ds. Js. Die Zahllisten, welche den Hausbesitzern zur Verfügung gestellt werden, sind von den Hundebesitzern auszufüllen und als spätestens den 15. November ds. Js in unserer Steuereinnahme abzugeben nachdem der Hausbesitzer die Vollständigkeit bestätigt hat. Die Anmeldepflicht besteht für den Hausbesitzer auch dann, wenn eine Zahlliste nicht zugestellt worden ist. Zahlung hat bei Abgabe der Zahlliste zu erfolgen.

Steuerpflichtige, deren Hunde ohne gültige Marke am Halsband an Orten, die dem allgemeinen Verkehr dienen, betreffen werden, verfallen einer Geldstrafe bis zu 1000 M. Die gleiche Strafe ist verhängt, wenn die Hundebesitzer die Entrichtung der Nachsteuer im Sinne dieser Bekanntmachung nicht nachzuweisen vermögen.

Steuerhinterziehung wird mit einer Geldstrafe in Höhe des vier- bis zehnfachen Betrages der Steuer belegt. Stadtrat Dippoldiswalde, am 31. Oktober 1922.

## Vertilgung und Sächsisches

Dippoldiswalde. Am gestrigen Mittwoch vollendete sich ein Zeitraum von 40 Jahren, daß nach jahrelangem Hoffen und Arbeiten endlich die Bahnlinie Hainsberg-Schmiedeberg in Betrieb genommen werden konnte. Seitdem hat sich die Linie in einer Weise entwickelt, wie es am 1. November 1882 wohl niemand erwartet hat. So weiter fort in der eingeschlagenen Richtung.

Berichtigung zum Stadtverordneten-Sitzungsbericht. Spalte 1 Zeile 4 von unten muß lauten: Artikel Aufnahme gewährte, dessen Verfasser nicht einmal den; Spalte 2 Zeile 5 von unten: Hilfskule wird auf 2 Klassen usw.

Die Bekanntmachung des hiesigen Finanzamtes in heutiger Nummer sei allen Interessenten zur Beachtung empfohlen.

Die Deutsche Volkspartei ruft die Landtagswähler zu einer Versammlung auf, die am morgenden Freitag abends 8 Uhr in der hiesigen Reichshalle stattfindet. In derselben spricht Korvettenkapitän Mehlhorn. — Für denselben Abend ladet zu einer Wahlversammlung die Vereinigte Sozialdemokratische Partei nach dem Schäferhause ein. In derselben spricht der „Vorwärts“-Redakteur Stämpfer.

In jedem Jahre versammelt sich die Bauhandwerker-Innung am Reformationsfest zu ihrem Herbstquartal. Auch diesmal wird man nicht von diesem Gebrauch. In „Stadt Dresden“ fand vor- mittags die Ausstellung der Gesellenstücke und die Prüfung von 18 Lehrlingen aus dem Schlosser-, Tischler-, Klempner- und Maler-beruf statt. Das Quartal am Nachmittag wurde nach Begrüßung der Erschienenen durch Obermeister Hamann mit Aufnahme und Verpflichtung zwei neuer Innungsmeister aus Reinholdshain und Gombfen eröffnet, worauf die 10 Lehrlinge, die am Vormittag ihre Prüfung abgelegt und bestanden hatten, vor geöffneten Lade zu Gesellen gesprochen wurden. Der Obermeister ermahnt sie zur Dankbarkeit gegen ihre Lehrherren, zur Treue für ihren Beruf und zu gutem sittlichen Verhalten. Sieben Lehrlinge wurden mit ermahnenden Worten neu aufgenommen und in die Stammliste eingetragen. Der vom Kassierer Schlossermeister Weberslein vor- getragene Kasienbericht wies, eine Folge der Geldentwertung, einen Fehlbetrag auf; zu Rechnungsprüfern wurden gewählt Tischlermeister Strubel und Malermeister Böhme. Die vorläuf- rige Rechnung wurde richtig gesprochen und dem Kassierer Ent- lassung erteilt, fürs kommende Jahr der Mindestbeitrag auf 300 M. festgesetzt, davon sind 200 M. für den Bezug des „Innungsboten“. Meistern ohne Gewerbe, die aber noch Mitglied der Innung bleiben, sollen steuerfrei sein. Die Aufnahmegebühr in die Innung beträgt für Meister 50 M., für Lehrlinge 30 M., die Prüfungs- gebühr für Lehrlinge 30 M. Unentschuldigtes Fehlen bei Ver- sammlungen wird mit 50 M. geahndet. Der Schriftführer und zu- gleich Vorsitzende des Gesellen-Prüfungsausschusses, Malermeister Götting, scheidet demnächst infolge Erhebung einer Maler-Zwangs- Innung aus der Bauhandwerker-Innung aus. Er gibt seine Ämter an die Innung zurück. Obermeister Hamann spricht ihm für seine viele und verdienstvolle Arbeit im Sinne und zum Ge- beiben der Innung herzlichsten Dank aus, den die Anwesenden ihrerseits durch Erheben von den Plätzen bekunden. Zum Vor- sitzenden des Gesellen-Prüfungsausschusses wird Schlossermeister Franz Weidner-Dippoldiswalde, als Schriftführer Osenjeher- meister Heine-Dippoldiswalde gewählt, stellvertretender Vor- sitzender wird Tischlermeister Dreher-Selbersdorf. Zum Schluß wurde noch das Erlauchen an die Innungsmitglieder gerichtet, Lehrlingen, die nicht in Kost und Wohnung beim Meister sind, ein Koffgeld in solcher Höhe zu gewähren, daß es auch wirklich eine entsprechende Entschädigung für Kost und Wohnung ist. Der Ober- meister schloß sich diesem aus der Versammlung gekommenen Er- suchen an. Andererseits wurde erklärt, daß eine tarifliche Ent- lohnung der Handwerkslehrlinge im Gesetz keine Stütze finde und nicht gefordert werden könne.

Fahrtartenverkauf zum doppelten Preise. Die Fahrtarten sind nicht, wie hier wiederholt sei, mit dem ab 1. November um 100% erhöhten Preise neu bestrahlt oder überstempelt, sondern sie werden zum doppelten Betrage des bis Ende Oktober d. J. geltenden Preises verkauft. Der Reisende hat also stets das Doppelte des aufzubringenden, aufzustempelnden oder geschriebenen (z. B. bei Blankokarten) Fahrgeldes zu bezahlen. Im Nachtrage ist ferner neu, daß der Preis bei Einzelfahrten für mindestens 7 Kilometer (bisher 5), bei Zeitkarten für mindestens 8 Kilometer (bisher 6) erhoben wird.

Zum Schutze des Reistertitels. Eine vorläufige Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums hat denjenigen Handwerkern, welche den Reistertitel führen, das Vorrecht bei Ueberstragung von öffentlichen Arbeiten eingeräumt. Diese Vorsehung im Verbin- dungswesen ist zu begrüßen.

Der heutigen Gesamtaufgabe liegt ein Wahltagblatt der Deutschen Nationalen Volkspartei bei.

Reinholdshain, 2. November. Heute vor 50 Jahren wurde die Herrschaftliche Wirtschaft ein Raub der Flammen.

Oberhäslich. Bei Gutsbesitzer Böhme hier verschwanden in letzter Zeit fortgesetzt Geld, Lebensmittel, Bekleidungsstücke usw., was nur durch Diebstahl geschehen sein konnte. Man durchsuchte Haus und Scheune und fand in letzterer ein ganzes Diebeslager. Die mit vorgefundenen Papiere wiesen auf den einstmaligen bei B. beschäftigten Tischlerknecht Robert Rugalla, der erst am 22. September aus der Gefangenenanstalt Dresden entlassen worden war, wo er 4 Monate Gefängnis wegen Rückfalldiebstahls verbüßt hatte. M. hatte seinen Koffer noch bei Böhme stehen, er selbst war nicht aufzufinden. Einige Tage später bemerkte B. auf dem Boden des Wohnhauses Geräusch, benach- richtigte die Gendarmerie und es gelang, M. festzunehmen und dem Amtsgericht Dippoldiswalde zuzuführen. Er gestand, bereits am 24. September erstmals bei B. eingebrochen zu sein und dann ab- wechselnd hier oder in der Zentralfriedberge in Dresden, wo er auch das Diebesgut zu Gelde machte, gendächtlig zu haben. Als

er erwacht wurde, war er durchs Kellerfenster eingestiegen und hatte vom Boden seinen Koffer und sonst Mitnehmenswertes holen wollen. Ein längerer Freiheitsentzug wird die Strafe sein.

Reichstädt. Am Abend des Reformationsfestes hatte der Kirchenvorstand die Gemeinde zu einer Kirchgemeinde- Versammlung eingeladen, die nach der neuen Kirchgemein- deordnung in jedem Jahre einmal zusammenzutreten soll. Es hatten sich im Gotteshaufe 35 Erwachsene eingefunden, darunter zwei (1) Kirchenvorsteher. Die geringe Beteiligung bewies schon die Rich- tigkeit des Gedankens, den Pfarrer Herz in seiner Begrüßungs- ansprache ausführte: Wir in unseren Landgemeinden müssen noch viel lernen, ehe und damit die feinen Anweisungen der neuen Kirchgemeindeordnung in ihnen Wirklichkeit werden und in die Tat umgesetzt werden können. Berichte und Aussprache waren deshalb von vornherein nicht vorgesehen. Dafür sollte und wollte Herr Amtsgerichtsrat Professor Dr. Müller aus Hainsberg, Mit- glied der Landesynode, der Gemeinde Belehrung geben über Rechte und Pflichten des Laien in der Kirche. Sein einflussreicher Vortrag konnte wohl in seiner Klarheit und Echtheit die Herzen und Gemissen aller Hörer packen. Schade, daß er nicht weitere Kreise erreichte. Darnach führte der Ortspfarrer Lichtbilder vor über Luthers Bibelübersetzung. Die Größe und Schwierigkeit dieses Werkes kam wohl durch die Bilder und die dazu gegebenen Erläuterungen allen deutlich zum Bewußtsein. Ein Mädchen des Christlichen Jungmädchenbundes brachte im Laufe derselben die „Schön Tageweis vom Wort Gottes“ von Hans Sachs ausdrucks- voll zum Vortrag. Versöhnt wurde die Veranstaltung auch durch zwei rein und sein gelungene Vorträge des Kirchenchores unter Leitung und Begleitung des Herrn Kantor Helbig. Die Gemeinde beteiligte sich hörbar, sichtbar und sichtbar an ihr durch den Gesang von vier bekannten Lutherliedern (Gesangbuch Nr. 262, 173, 171 und 146), durch gespannte Aufmerksamkeit und endlich am Aus- gang durch Geldgaben zur Deckung der entstandenen Unkosten und zum Besten des Volkskirchlichen Kalenbundes (etwa 250 M.). Zum Schluß gab Pfarrer Herz u. a. bekannt, daß er vom 1. Nov. an für die Schulkinder der zwei oberen Klassen im Niederdorf vorläufig zweimal in der Woche (vorausätzlich Montags und Mittwochs) eine Viertelstunde vor Beginn des Unterrichts eine kurze Andacht in der Kirche halte, bestehend in Lied, Bibelwort und Gebet. Er gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß doch in diesem Winter die Bibelstunden im Pfarrhause von den Gemein- degliedern besucht werden möchten, zugleich dem Wunsche, es möchten im Mitteldorf und im Oberdorf doch kirchlich, d. h. wahrhaft christlich gesinnte Gemeindeglieder ihre Häuser öffnen, damit in der Wohn- oder Küchenstube für die Hausgenossen und Nachbarn von ihm Bibelstunden gehalten werden könnten. Möchte doch Gottes Wort in die Häuser der Gemeinde und die Herzen ihrer Glieder eindringen. Dann werden auch noch einmal die Kirch- gemeindeversammlungen in Reichstädt das werden und da sein, was sie nach der neuen Kirchgemeindeordnung sein sollen und sein wollen: Zusammenkünfte von freien, fröhlichen und pflichtbewussten Christenmenschen zum gegenseitigen geistigen und geistlichen Nutzen und Geben. — Wichtig für die Gemeinde ist auch der Beschluß des Kirchenvorstandes vom 28. Oktober: Um die kirch- lichen Gebühren dem jeweiligen Geldwert anzupassen, werden sie in Zukunft nicht mehr in Mark und Pfennigen angegeben, sondern es wird eine „Gebühren-Einheit“ der Angabe und Berechnung zu- grunde gelegt. Die Gebühren-Einheit ist ein Pfund Roggenbrot (= 6), bei Entschädigung an den Kirchendiener und Loten- be- messer ein Stundenlohn (= 2), j. B. für Orbnachen sind 10 „E“ (d. h. 10 Stundenlöhne) zu zahlen. Oder: eine öffentliche Trauung mit Chorgesang u. s. f. kostet etwa 20 „E“ (= jeweiliger Preis von 20 Pfund Roggenbrot). Die Gebühren sind im Verhältnis zu dem ehemaligen Friedenspreise sehr gering. Amtsabhandlungen in schlechter Form und zu ortsüblicher Zeit sind nach wie vor im all- gemeinen gebührenfrei.

Überannersdorf. Die Landwirte des Ortes spendeten auf Anregung Gutsbesizers Otto Heber eine größere Menge Kar- toffeln für die Renteneinsparung, sodas auf den Kopf 2-3 Zentner verteilt werden konnten.

Ullshütte. Am Montag nachmittag gegen 1/4 4 Uhr entfiel im Motorraum der erst kürzlich neuverbauten Fabrik der Firma Carl Renner u. Sohn (neben der Turnhalle) durch Zerpringen des Delbehälters am Dieselmotor ein Brand, der nur durch schnelle Hilfe seitens des Personals der Firma und des schnell her- begeeilten Personals der benachbarten Firma Vereinigte Werke mit mehreren Feuerlöschapparaten im Entstehen unterdrückt werden konnte, sodas die signalisierte und in kurzer Zeit erscheinene Frei- willige Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Außer dem durch das in Brand geratene Öl beschädigten Motor ist weiterer Schaden verhütet worden, sodas der Betrieb weiter geht.

Kreischa. Der Vorstand der elektrischen Lokomotiv- fabrik hat sich leider wieder entschließen müssen, die Fahrpreise um durchgängig 50% zu erhöhen, sodas derselbe für die ganze Strecke nunmehr 60 M., und zwar ab 6. November d. J., betragen wird. Die Erhöhung war trotz des ganz erheblichen Verkehrs- rückganges, der bei der Strecke Niederseiditz-Kreischa 51%, bei der Strecke Niederseiditz-Lockwitz hingegen 75% betragen hat, nicht zu umgehen, da allein im Monat September die Stromkosten von 45 192 M. auf 112 191 M. gestiegen sind, ganz abgesehen von den durch die fortschreitende Feuerung notwendigen zweimaligen Lohn erhöhungen im Monat Oktober, denen eine weitere von zirka 50 M. pro Stunde im Monat November folgen wird.

Dossendorf-Wilmendorf. Der Vereinigte Turn- und Sport- verein hat im Sommer den Bau eines Turn- und Sportplatzes und einen Turnhallenbau unternommen. Der letztere geht seiner Voll- endung entgegen. Das gesamte Unternehmen dürfte 1/2 Million Mark kosten, soll nur von Arbeitern geschaffen werden und für die Arbeiter-Turn- und Sportvereine aller Orte dienen. Der Sportplatz hat eine Fläche von 10 000, die Turnhalle einen Innen- raum von 252 Quadratmeter. Es befinden sich in der Halle Aborte und Waschräume, eine Trinkwasserstation und ein Versammlungs- zimmer. Die Kosten sind mit 450 000 M. veranschlagt. Die wirt- schaftliche Krise hat aber bewirkt, daß kaum der dreifache Betrag ausreicht. Eine kürzlich stattgefundene Generalversammlung mußte deshalb den Monatsbeitrag von 5 auf 20 M. heraufsetzen. Mit einer Geldlotterie wollte man weitere Mittel herbeischaffen. Diese wurde aber nicht genehmigt. Endlich wurde die Genehmigung zu



einer Warenlotterie erteilt, die aber große Schwierigkeiten bei der wenig Ueberwachung verspricht, da der Umsatz der Lose bis jetzt gering ist.

**Klingenberg-Colmnh.** 1. November. Heute wurde die zweite Teilstrecke der schmäligen Nebenbahnlinie Klingenberg-Colmnh-Oberdittmannsdorf zwischen Raundorf bei Freiberg und Niederhaina dem öffentlichen Personen-, Gepäck-, Express- und Güterverkehr übergeben. Die neuen Stationen sind Raundorf bei Freiberg (Stp.) und Falkenberg i. Sa.

**Dresden.** Die Sammlung für die deutschen Schulen in Polen und anderen Grenzgebieten, die von den Schülern der höheren Schulen durchgeführt worden ist, hat hier fast 1 Million Mark erbracht.

In Dresden fand am Sonntag ein sogenannter sächsischer Betriebsärztekongress statt, der von den Kommunisten einberufen war. In einer Entschließung zur sächsischen Landespolitik wurden heftige Angriffe gegen die sächsische Regierung gerichtet, die an ihrem „Kompromiß“ zwischen Bürgerlichen und Sozialisten zugrunde gegangen sei, und der Kongress verpflichtet, alle Kräfte dazu einzusetzen, daß die Landtagswahlen eine Arbeitermehrheit erbringen. Wenn dann neben dem Landtag die Kontrolle der Betriebsärzte stehe, könne man daran denken, eine Arbeiterregierung für Sachsen zu bilden und in ihrem Sinne zu wirken.

Am Sonntag abend in der 6. Stunde wurden in der Dresdner Heide in der Nähe der Schneise 14 ein Sattlergehilfe und seine Geliebte bei einem Spaziergange von einem Unbekannten mit vorgehaltenem Revolver angefallen und durch drei Schüsse schwer verletzt. Der Sattler setzte sich zur Wehr und schlug mit seinem Spazierstock auf den Räuber ein, worauf dieser die Flucht ergriff. Beide Verletzte haben sich bis nach dem Weißen Hirsch geschleppt, von wo aus sie in das Krankenhaus übergeführt worden sind.

**Pirna.** Die Einverleibungsverhandlungen mit Niederwogelgang sind zum Abschluß gelangt. Die Eingemeindung des Ortes nach Pirna wird am 1. Januar erfolgen. Die Verhandlungen mit Cospitz und Hinterleisen stehen vor dem Abschluß.

**Wiesdorf.** Gegen die Einführung einer sozialen Abgabe, wonach jeder Arbeitgeber, gleichgültig ob gewerblicher oder privater Arbeitgeber (gegenüber Dienstboten), 1% der Lohnsumme für soziale Zwecke zahlen soll, hat die Kreisbauernschaft Dresden Bedenken erhoben, und zwar in Rücksicht auf die Gemeindefiskus und die Reichseinkommensteuer. Man beschloß, die Entscheidung eines noch strittigen Vorgangs in derselben Angelegenheit in Chemnitz abzuwarten. Die Angelegenheit ist, soweit sie Chemnitz angeht, beim Oberverwaltungsgericht anhängig.

**Freiberg.** In der „Sächsischen Bauernzeitung“ veröffentlicht der Hauptgeschäftsführer des Sächsischen Landbundes, Oswin Schmidt, einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: In letzter Zeit ist vielfach zu beobachten gewesen, daß Lokal- und Kreisblätter von den Landwirten abbestellt werden. Wenn auch der Abonnementspreis dem gesunkenen Geldwert entsprechend gestiegen ist, zu erschwingen ist er doch für jeden Landwirt; dafür kann er eher einmal eine Ausgabe für Vergnügen und dergleichen meiden. Jede Abbestellung ist jetzt doppelt gefährlich; denn unsere nur wöchentlich erscheinende „Sächsische Bauernzeitung“ vermag die Provinzialblätter nicht zu ersetzen. Jeder Landwirt handelt im eigenen Interesse, wenn er seine Lokalzeitung durch Abonnement weiter unterhält.

**Rohrweil.** Die Stadtgemeinde hatte sich bemüht, für die Einwohnerstadt Kartoffeln zu beschaffen. 3000 Zentner wurden bei der Stadterverwaltung bestellt, doch konnte diese bisher nur 500 Zentner abgeben, da die Landwirtschaft versagte. Auch der Konsumverein kann seine Mitglieder mit der Kartoffelbelieferung nicht zufriedenstellen, da die Landwirte die Gesuche des Konsumvereins zurückwiesen.

**Leipzig.** Der 19jährige Dienstherr Bruno Alfred Hommel aus Mühlhausen, der bei einem Onkel in Frauendorf in Arbeit stand, unterhielt mit der wesentlich älteren Dienstmagd Martha Köhlig ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Am 17. Februar d. J. schrieb er dem Mädchen, er wolle mit ihm einen Besuch bei dessen Eltern in Nerchau machen. In Wirklichkeit nahm er sich aber vor, die Köhlig zu beseitigen. Als letztere auf dem Wege nach Nerchau Verdacht schöpfte, ließ sie davon, kam aber auf einer Kreuzung der Trebbener Kleinbahn mit der Straße zu Fall. Hommel, der der Liebesbenedicten nachgeheilt war, warf ihr nun einen bereitgehaltenen Strick um und zog diesen mit aller Kraft zu sich, so daß er sich, als von Nerchau her ein Zug nahte. Durch diesen wurde das Mädchen überfahren und getötet. Hommel, der sich wegen dieser Tat jetzt vor dem Schwurgericht zu verantworten hatte, wurde zum Tode verurteilt.

Im sogenannten „Lanwald“, der sich längs des Ortes Lindenthal hinzieht, waren in der letzten Zeit Wilderer beobachtet worden. Wiederholt wurden des Nachts Schafte geholt. Der Förster legte sich auf die Lauer und entdeckte bald zwei Männer, mit denen er in ein Feuergefecht verwickelt wurde. Als der Förster schoß, legten sich die Wilderer auf den Boden und nahmen dann Reißaus. Die Verfolgung blieb ergebnislos. Am Montag hörte der Förster wieder Schafte in der Abteilung Birkenhorst. Der Förster fuhr schnell mit dem Rabe an die vermutliche Schafstelle, während ein Inspektor in der Nähe die Wegansgänge beobachtete. Es dauerte auch nicht lange, als zwei Männer, mit Rücksichten bepackt, erschienen. Als sie merkten, daß man ihnen auf der Spur war, stoben sie in der Richtung des Ortes, fliegen über einen Zaun und verschwanden in einer Laube. Die sofort verständigte Polizei nahm in der Laube eine Durchsuchung vor und fand drei Hosen, eine Schrotflinte, zwei Armeepistolen und anderes Heeresgut. Der Inhaber der Laube wurde verhaftet. Nach scharfem Verhör gelang es zu, mit seinem Bruder gemilbert zu haben. Bei der Hausdurchsuchung mit diesem — einem Rangierer vom Bahnhof Leipzig-Wahren — wurden ebenfalls Gewehre und schweres silbernes Tafelgerät gefunden. Der Rangierer hatte Schrotkörner in der Stirn, sein Bruder solche im Gesicht. Dadurch war die Ueberführung leicht. Die Wilderer kamen in Haft.

**Chemnitz.** Der Strumpf- und Textilwarenhändler Walter Reinhold aus Chemnitz ist nach Unterschlagung von insgesamt 285 000 M. flüchtig geworden. Reinhold hat diesen Betrag von vier Chemnitzer Firmen als Anzahlung für versprochene Strumpfwarenlieferungen erhalten. Er hat auch für 445 000 M. Waren mitgenommen, die er wahrscheinlich noch veräußern wird.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, den Preis für eine Straßenbahnfahrt auf 20 M. zu erhöhen. Ein Vertreter des Betriebsamtes teilte mit, es werde nun mit einem erhöhten Rückgang des Verkehrs, der bereits um 15% abgenommen habe, zu rechnen sein, dem nur durch immer weitergehende Einschränkungen des Betriebs begegnet werden könne. Weiter wurde gegen den Vorschlag des Rates beschlossen, zwei Monarchenbilder aus dem Ratsgebäude mit einem Kostenaufwand von 300 000 M. zu entfernen. Es sind Kunstwerke von hohem Werte und Grabauer sagte einmal, auf die Bilder aufmerksam gemacht: Wir sind keine Wilderstimmer, die Bilder können uns nicht.

Wie den „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ gemeldet wird, hatte eine Frau einen Zentner Pflaumen in einem Zinkkeßel eingekocht. Das Mus hatte einen stark beifenden Geschmack und enthielt erhebliche Mengen von Zink. Der Genuß des Mus war gesundheitlich gefährlich, weshalb es vernichtet werden mußte. Die Verwendung von Zinkgefäßen oder verzinkten Gefäßen bei der Herstellung von Lebensmitteln ist also unter allen Umständen zu vermeiden.

**Limbach.** Bürgermeister Dr. Kretschmar, der nach 10jähriger hiesiger Tätigkeit ein Ruf des Ministeriums des Innern folgte, wurde zum Ehrenbürger der Stadt Limbach ernannt.

**Werdau.** In der von hier aus verbreiteten Meldung über angebliche Bankbeamtene wird mitgeteilt, daß nur eine Kasendifferenz von einigen tausend Mark besteht. Im übrigen haben sich die beiden Angestellten Separatgewinne zunube gemacht, die jedoch der Bank wieder zugeführt werden, so daß außer der angegebenen Kasendifferenz der Bank kaum ein Schaden entstehen dürfte.

**Falkenstein.** Die hölzernen Schandstatuen haben nach den nunmehr beendeten Feststellungen 7 653 264 M. verursacht.

## Europa in Lumpen.

Die folgenden Aussprüche der Häupter der beiden Parteien im Weltkrieg werden zu gleicher Zeit bekannt. „Die Welt leidet unter den Folgen der Paragrafen des Vertrages von Versailles. Über die Ausführung über diesen Fehlspruch ist auf dem Wege, und die Bedürfnisse des Völkerebens werden für Sieger und Unterlegene ihre gebieterische Sprache sprechen.“ So heißt es in den Wilhelmischen Betrachtungen über die Schuldfrage am Kriege und seine Folgen. — „Europa steckt infolge der riesigen Kriegsausgaben in Lumpen, und es werden noch viele Jahre vergehen müssen, bevor der normale Wohlstand wieder hergestellt sein wird.“ So hat der bisherige englische Kriegsminister Lloyd George in einer Wahlrede gesprochen. Augenscheinlich hat der Redner nicht daran gedacht, daß er damit die schärfste Kritik des Versailler Vertrages liefert; und wenn nicht seines Ursprunges, so doch seine Wirkungen, über die er also mit dem ehemaligen deutschen Kaiser derselben Ansicht ist.

Dem Deutschen Reiche ist vorgeworfen worden, daß es seine Verpflichtungen von Versailles nicht erfüllt habe. Aber die Entente hat ganz dasselbe getan. Die Erfüllbarkeit ist für sie ebenso unmöglich, wie für Deutschland. Nur ist die Schuld der Entente die größere, denn der Vertrag ist ihr Werk. Aber kein Meißerstück der Staatskunst, sondern Stumperei. Denn sie hat das Fundament alles Wirtschaftslebens nicht beachtet oder absichtlich vergessen, daß der internationale Verkehr nicht durch Paragrafen geregelt werden kann, sondern nur durch seine Selbstbestimmung. Dieser Mangel an Freiheit hat den Schuldendruck verundertacht und die durch das Uebermaß an Reparationen erzeugte Marktentwertung vollendet, die uns zur Zahlungsunfähigkeit geführt hat.

Der Friedensvertrag nach dem Weltkriege müßte die Wunden der mehr als 30 Staaten, die auf beiden Seiten an dem großen Drama beteiligt waren, heilen; statt dessen hat er sie erweitert. Lloyd George spricht nur von den Kriegsausgaben. Das ist sehr erklärlich, denn kein Mensch redet gern von den Torheiten, die er begangen hat. Es ist bekannt, daß England nicht auf die Art des Vertrages eingehen wollte, die sich Frankreich konstruiert hatte. Der britische Ministerpräsident aber ließ sich zum ersten Umfall bewegen, dem später so viele ähnliche Meinungsänderungen gefolgt sind. So kam der Vertrag zustande als eine politische Zwangsange, nicht als ein wirtschaftlicher Medizinalloß, aus welchem den kollidierenden Staaten und Völkern Genesungsergebnisse verabsichtigt werden sollten. Heute hält Frankreich an den „heiligen Rechten“ des Vertrages fest. Kaiser Wilhelm sagt in seinen Erinnerungen, Deutschland würde, wenn es gestieg hätte, billige Friedensbedingungen gestellt und auch die des Friedens von Brest-Litowsk für Russland noch ermäßigt haben. Und man kann dem früheren Herrscher glauben. Auch aus Paris ist gesagt worden, die Paragrafen des Versailler Vertrages sollten nachher gemildert werden. Das war aber nur eine weitere Verlockung, das Abkommen zu unterschreiben, gerade wie vorher beim Waffenstillstand, denn tatsächlich geschahen ist bekanntlich hinterher nichts dergleichen.

## Der Goldschatz der Reichsbank.

Eine Erklärung des Reichsbankpräsidenten.

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank legte der Vorsitzende des Reichsbankdirektoriums Dr. Havenstein noch einmal die Auffassung des Reichsbankdirektoriums hinsichtlich der Verwendung des Goldbestandes der Reichsbank und hinsichtlich der Frage der sogenannten Goldschatzanweisungen eingehend dar.

Insbondere führte er aus, es sei durchaus verständlich, daß infolge der gegenwärtigen Not Deutschlands in weiten Kreisen der Bevölkerung der Wunsch bestehe, es müsse währungsrechtlich etwas geschehen, um dieser Not abzuhelfen. So dringend notwendig es aber für Deutschland auch wäre, den Niedergang unserer Währung zu hemmen und wieder zu stabilen Verhältnissen zu kommen, so halte es doch das Reichsbankdirektorium für völlig aussichtslos und unmöglich für uns, aus eigener Kraft, d. h. ohne internationale Hilfe dieses Ziel zu erreichen oder auch nur einen Versuch in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu machen und mit währungsrechtlichen oder währungsrechtlichen Maßnahmen hier einen Erfolg zu erzielen, ehe nicht die Grundursache der Not Deutschlands beseitigt wird, d. h. ehe wir nicht ein ausreichendes Moratorium erhalten und eine für uns tragbare Lösung des Reparationsproblems nicht wenigstens in festerer Aussicht steht. Und nicht minder sei ein Erfolg dadurch bedingt, daß auch die übrigen, hier sehr ernst mitsprechenden und auf eine Regelung drängenden Fragen: Steigerung der Arbeitsleistung, Einschränkung der Ausgaben, Ausgleichung des Budgets, Besserung der Handelsbilanz durch Hebung der Ausfuhr und Einschränkung der Luxuseinfuhr einer Lösung entgegengeführt werden. So lange diese Voraussetzungen nicht gegeben seien, sei insbesondere die

**Die Einsetzung des Goldschatzes der Reichsbank ein völlig untaugliches Mittel und darüber hinaus eine Verleugnung seiner Aufgaben und eine schwere und nicht wieder gutzumachende Gefährdung der Zentralnotenbank.** Bei dieser Lage der Dinge könne mit dem Einsetzen des Goldschatzes höchstens für eine kurze Zeit eine vorübergehende Besserung erzielt werden, auf die dann aber ein so rapider Abwärts folgen müßte, und die erlaubt werden würde durch den dauernden Verlust des Goldschatzes oder eines großen Teils davon. Mit dem Verlust des Goldbestandes sei der Kredit und die Aktionskraft der Reichsbank verloren. Damit verschwinde aber gleichzeitig auch jegliches Fundament für die unerlässliche künftige Wiederaufrichtung unserer Währung.

Die Ausgabe von Goldschatzanweisungen habe das Reichsbankdirektorium grundsätzlich wider-

raten. Eine Verwendung des Goldbestandes der Reichsbank als Unterlage für diese Schatzanweisungen sei unmöglich; eine dauernde Besserung oder gar Stabilisierung der Valuta könne auf diese Weise keinesfalls herbeigeführt werden. Immerhin wolle sich das Reichsbankdirektorium einem einmaligen Versuch zur Ausgabe solcher Schatzanweisungen nicht widersetzen, wenn die Gesamtsumme auf einen geringfügigen Goldmarkbetrag beschränkt bleibt, der Erlös der Schatzanweisungen der Reichsbank als Sicherheit zugeführt wird und die Reduktionsbarkeit bei der Reichsbank vor Fälligkeit oder eine Beleihung bei den Darlehnskassen ausgeschlossen ist.

## Die Marktstabilisierung.

Erklärungen Wirths und Barthou.

Bei dem Empfang der Reparationskommission in der Reichskanzlei wurden von beiden Seiten wichtige programmatische Erklärungen abgegeben.

Zunächst begrüßte der Reichskanzler Wirth die Reparationskommission, insbesondere den neuernannten Vorsitzenden Barthou, und gab seiner Freude Ausdruck über die Initiative, Gläubiger und Schuldner zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Er und seine Mitarbeiter stellten sich mit voller Offenheit und Aufrichtigkeit der Aussprache zur Verfügung.

Der Reichskanzler wies sodann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem letzten Besuch des Garantekomitees im Juli eingetreten sind, und belegte diese Veränderung mit den vergleichenden Daten der deutschen Währung und der deutschen Großhandelspreise. Das deutsche Volk, dem es an den notwendigsten Nahrungsmitteln und an Kohlen fehle, stehe vor einem fürchtbaren Winter des Hungers und der Kälte. Die bisherigen Versuche, aus der kranken deutschen Wirtschaft möglichst große Leistungen herauszuholen, hätten weder Gläubiger noch Schuldner befreit. Der richtige Weg sei, erst die kranke Wirtschaft zu heilen; nur dann bestehe Aussicht, Leistungen aufzubringen; deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Die Stabilisierung der Währung werde von selbst das Gleichgewicht in den deutschen Staatsfinanzen herbeiführen. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder herstellen.

Auf die Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou die Gründe dar, die die Reparationskommission veranlaßt hätten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Was das Zeugnis anlangte, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegte, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern; es werde das erste Blatt des Aktenstückes sein, das sie zusammenstellen werde. Was das Programm anlangte, so habe der Reichskanzler eher Fragen aufgeworfen, als Lösungen gewiesen. Diese Fragen seien indessen durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission fielen. Die Stabilisierung der Mark sei die erste Frage, deren Verbindung mit dem Gleichgewicht des Budgets niemand bestritte. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Es wurde hierauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen.

### Die ersten Verhandlungen.

Ueber die ersten Verhandlungen wird halbamtlich folgendes bekanntgegeben:

„Der Vorsitzende der Reparationskommission, Herr Barthou, erklärte, daß erstens die Bilanzierung des Budgets, zweitens die Frage der schwebenden Schuld und drittens die Stabilisierung der Mark die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtige nicht, die deutsche Souveränität anzutasten, sie hoffe aber auf loyale Zusammenarbeit und sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher übersehen läßt. Bei der Besprechung dieser Themen wurden von der Gegenseite verschiedene Fragen gestellt mit dem Zweck, hierüber näheres Material im Laufe der nächsten Sitzung zu erhalten. Es interessierten besonders die Ausgaben für den Reichsbahnetat und die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Staatssekretär Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets etwa 440 Milliarden betragen werde, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrages gehe.“

## Siegesfeier in Rom.

Faschistenparade in Rom.

Die Faschisten veranstalteten nach ihrem Einzug in die italienische Hauptstadt einen feierlichen Umzug, in dessen Verlauf sie vor dem König, der auf dem Balkon des Quirinalpalastes erschien, defilierten. Die Zahl der Teilnehmer wird auf über 80 000 geschätzt. Die vorüberziehenden Faschisten, in ihrer gewohnten Ausrüstung, den schwarzen Hemden, Abzeichen und Waffen verschiedener Art, grüßten den König nach Art der alten Römer durch Erheben des Armes. Nach dem Umzug marschierten die Faschisten direkt zum Bahnhof, wo 50 Extrazüge zum Abtransport bereitstanden. Die Demobilisierung der Faschistenarmee ist in vollem Gange.

### Der Regierungsantritt Mussolinis.

Nach der Bereidigung des Kabinetts haben die Minister sofort ihre Ämter übernommen. Der Ministerpräsident erließ die üblichen Telegramme an die Präfecten, in denen er ihnen von seinem Amtsantritt Kenntnis und seiner Erwartung Ausdruck gab, daß alle ihre Pflicht erfüllen werden. Ferner sandte Mussolini an alle italienischen Botschaften und Gesandtschaften ein Telegramm, in dem er von der Uebernahme der Regierung Mitteilung macht.



### Begrüßungsbesprechungen an die Alliierten.

Außerdem hat Mussolini an Poincaré und Bonarroti ein Telegramm geschickt, in dem er den Regierungschefs der befreundeten Nationen herzliche Grüße übermittelt und das Vertrauen ausdrückt, daß bei der Erfüllung seiner Aufgabe die Solidarität der alliierten Nationen erhalten bleibe, die er für die Wirksamkeit ihres politischen Handelns für unerlässlich halte.

### Rücktritt des Grafen Sforza.

Der italienische Botschafter in Paris, Graf Sforza, hat seine Entlassung genommen, da er mit den außenpolitischen Zielen der Faschisten nicht einverstanden ist. Die Pariser Presse bedauert einstimmig den Rücktritt Sforzas.

### Aus Mussolinis Vergangenheit.

Der neue italienische Ministerpräsident Mussolini war in seinen jüngeren Jahren als Steinträger in Genf tätig und ist in den sehr ärmlichen Anfängen seiner Laufbahn einmal aus der Schweiz wegen Bettelact ausgewiesen worden. Der schweizerische Bundesrat hat diese Ausweisung nunmehr, nachdem Mussolini italienischer Ministerpräsident geworden ist, aufgehoben.

## Politische Rundschau.

Der Deutschnationale Parteitag hat in seiner Schlußsitzung u. a. eine Resolution angenommen, die vom Reich, den Ländern und Parlamenten erhöhte Schutzmaßnahmen zugunsten des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes fordert, dessen Schutz in der Reichsverfassung feierlich verbrieft sei. Die Resolution richtet sich weiter gegen eine etwa beabsichtigte Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Angenommen wurde ferner eine Resolution, wonach die Bildung einer großen Partei das Ziel der Partei bleibe. Bis dahin müsse der vereinigten Sozialdemokratie gegenüber ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente des Vaterlandes mitgearbeitet, sei die Partei auch auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsform alle Zeit bereit.

Die Bayerische Volkspartei fordert Revision der Weimarer Verfassung. Die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei hat einen Antrag angenommen, durch den die Reichstagsfraktion der Partei beauftragt wird, im Laufe der Wintertagung des Reichstages einen Antrag einzubringen, der sich auf eine Änderung der Reichsverfassung im Sinne einer Festlegung des bundesstaatlichen Charakters des Deutschen Reiches richtet. Ferner fand ein Antrag auf Abänderung der bayerischen Verfassung Annahme. Danach wird u. a. die Aufstellung eines außerhalb des Ministeriums stehenden Staatspräsidenten und die Schaffung einer zweiten berufsständischen Kammer verlangt. Ein weiterer Antrag wendet sich gegen die Behauptung von der Alltagslast Deutschlands an Weltkriege und fordert die Abänderung des Versailler Vertrages. Schließlich nahm die Versammlung einen Antrag an, der den baldigen Abschluß eines bayerischen Konföderates und die Befestigung eines bayerischen Konföderates und die Befestigung eines bayerischen Konföderates und die Befestigung eines bayerischen Konföderates verlangt.

Ein hannoverscher Landesbischof. Die hannoversche verfassunggebende Kirchenversammlung hat sich mit großer Mehrheit für die im Verfassungsentwurf vorgesehene Einsetzung eines Landesbischofs für die hannoversche Landeskirche entschieden. Die Hannoveraner folgen damit dem Vorgehen der verfassung-

gebenden Kirchenversammlungen im Staat Sachsen, in beiden Mecklenburg und Braunschweig.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat der Präsident des Obersten Gerichtshofes in Wien Dr. Koller an ihn ein Begrüßungsschreiben gerichtet, in dem er den Wunsch ausdrückt, daß Dr. Simons für die Rechtsangleichung der beiden Staaten bald Erfolge erzielen werde. Der Reichsgerichtspräsident antwortete, daß er sich dieser Aufgabe annehmen werde.

Die Schweiz will sich mit 20 Millionen Franken an der Hilfsaktion für Österreich beteiligen.

Die Reuter aus Tokio erfährt, werden die Japaner Tsingtau in den ersten Tagen des November räumen.

### England: Konservativ-liberale Zusammenarbeit im Wahlkampf.

In vielen Wahlkreisen sind Maßnahmen getroffen worden, um bei den kommenden Wahlen einen Kampf zwischen dem Bonar Law'schen Konservativen und den Lloyd George'schen Nationalliberalen zu vermeiden. Die Konservativen haben beschlossen, keine Gegenkandidaten gegen Lloyd George und Winston Churchill anzustellen. Die Nationalen Liberalen haben ihre Verehrlichkeit erklärt, der Regierung Bonar Law's allgemeine Unterstützung zu gewähren.

### England: Amerika auf der Orientkonferenz.

Nach einer Neutermeldung aus Washington haben die Vertreter der englischen, der französischen und der italienischen Regierung förmlich eine aktive Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Lausanner Konferenz nachgefordert. Staatssekretär Hughes hat darauf mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten sich an der Lausanner Konferenz nicht offiziell beteiligen können, weil Amerika mit der Türkei nicht Krieg geführt habe. Mit Rücksicht auf die wachsenden Interessen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten werde die amerikanische Regierung jedoch Beobachter bestimmen, die den Verhandlungen beizuwohnen werden.

### Die englische Presse über den Faschistenputsch.

London, 30. Oktober. Die Londoner Blätter urteilen den faschistischen Staatsstreich sehr abfällig. So schreibt „Daily News“, der Faschistenputsch werde weitaus aggressivere nationale Ziele fördern und das italienische Volk zu einer Reihe romantischer imperialistischer Abenteuer verpflichten. Wenn der Versuch der Faschisten, die Nation zu beherrschen, Erfolg haben sollte, so werde Italien wahrscheinlich zum äußeren Chaos und Ruin gebracht werden und werde jegliche Autorität und allen Einfluß im Rate der europäischen Nationen verlieren.

### Einladung Russlands zur Meerengen-Konferenz.

Moskau, 30. Oktober. Der englische Geschäftsräger hat im Namen der drei Entente-Großmächte der Sowjetregierung eine schriftliche Einladung zu Teilnahme Sowjetrusslands an den Verhandlungen der Lausanner Konferenz über die Frage der Meerengen übergeben. In dieser Note wird mitgeteilt, daß die Konferenz am 13. November zusammentritt und daß die russische Regierung noch Nachricht bekommen wird, wann die Verhandlungen über die Meerengenfrage beginnen.

Der Staatsgerichtshof verwarf die Beschwerde des „Volksboten“ in Streifen (Nieder-Schlesien) gegen das Verbot des Oberpräsidenten, ebenso wurde die Beschwerde des Delmatobundes Witefsin gegen die vom Oberpräsidenten der Provinz Hannover verfügte Auflösung des Bundes verworfen.

Das über die Berliner „Rote Fahne“ auf die Dauer von zwei Wochen verhängte Verbot ist vom preussischen Innenminister auf 4 Tage verlängert worden.

Die unwidrigeren Kohlenforderungen. Im Beraubungsministerium fanden anlässlich der jüngsten Kohlenforderungen der Reparationskommission Beratungen mit Sachverständigen für die Kohlenfrage statt. Daran nahmen außer den führenden Männern der Kohlenwirtschaft — Stinnes, Lubner, Lubner, Silberberg — auch Vertreter der Kohlenverbrauchenden Industrien, im besonderen der chemischen Industrie und des Reichsverbandes der deutschen Industrie sowie eine größere Anzahl von Vertretern der Reichsregierung teil. Die Sachverständigen gaben gutachtlich ihre Auffassung über die Kohlenlage zu Gehör. Sie betonten, daß die neuen Forderungen der Reparationskommission viel zu hoch seien. Die bisherigen Kohlenlieferungen hätten nur ausgeführt werden können, weil die deutsche Wirtschaft durch kostspielige ausländische Kohlenkäufe die Betriebe aufrechterhielt. Bei dem jetzigen schlechten Stand der deutschen Mark werde aber die Einfuhr dieser ausländischen Kohle bald nicht mehr möglich sein; daraus erwachse eine außerordentliche Gefahr für die deutsche Wirtschaft.

### Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten.

Der Rücktritt des Grafen Verchenfeld wird jetzt amtlich bestätigt. Der Wechsel im bayerischen Ministerium ist hauptsächlich aus innerbayerischen Verhältnissen entstanden. Zwischen dem Ministerpräsidenten und der Bayerischen Volkspartei hatten sich Differenzen über die Wirtschaftspolitik der Regierung ergeben, die schließlich zum Rücktritt des Grafen Verchenfeld führten. Der bayerische Landtag wird alsbald zusammentreten, um die Wahl des neuen Staatschefs vorzunehmen. Die meisten Aussichten hat der Staatsrat im bayerischen Justizministerium Meyer, der als Jurist einen großen Ruf genießt. Meyer gehört der Bayerischen Volkspartei seit deren Gründung im Jahre 1919 an, ist Protestant und stammt aus Franken.

### Polnische Beamte für das Ruhrgebiet? Nach zuverlässigen Meldungen aus Polen ist von der französischen Regierung dort die Anfrage gestellt worden, ob und wieviele Beamte bereit seien, im Ruhrgebiet, speziell in Essen, in französische Dienste zu treten. Die Bedingungen seien äußerst günstig. Berlangt werde die völlige Beherrschung der deutschen und der polnischen Sprache. Es hätte sich bereits eine Reihe Beamte gemeldet. — Die Anwerbung polnischer Beamter für das Ruhrgebiet steht zweifellos in engem Zusammenhang mit dem französischen Plan, das Ruhrgebiet für Frankreich zu „erobern“ und das rheinisch-westfälische Kohlengebiet in die „Interessensphäre“ der französischen Industriellen einzubeziehen. Daß die Franzosen bei diesem sauberen Plan ausgerechnet Polen als Handlanger verwenden wollen, spricht für sich.

### Keine Einberufung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen mit der Reparationskommission hat der erweiterte Vorstand der Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei beschlossen, von einer vorzeitigen Einberufung der sozialdemokratischen Fraktion noch im Laufe dieser Woche Abstand zu nehmen. Die Fraktion wird vielmehr erst am Dienstag der nächsten Woche ihre erste Sitzung nach der kurzen Reichstagspause abhalten.

Der englische Botschafter in Paris, Lord Harbinger, wird demnächst seinen Abschied nehmen. Als voraussichtlicher Nachfolger wird Sir George Graham, der gegenwärtige englische Botschafter in Brüssel, genannt.

Der oberste spanische Militär- und Marineetat beschloß die Ermächtigung des Senats zur gerichtlichen Verfolgung

## Dohnas Untergang

### oder: Das Rastaniendörfchen.

Eine historische Erzählung aus dem 14. und 15. Jahrhundert.

#### (2. Fortsetzung)

In diesem Schlosse hauste zu jener Zeit der stolze, mächtige, tapfere und rüberliche Burggraf Otto von Dohna, teils von seinen König Wenzels von Böhmen, teils von seinen Wilhelms Markgraf von Meissen mit einer großen Anzahl von Burgen, Schlössern, Ortschaften und Weilern belehnt, teils eine Menge in seiner Nähe anlässiger Ritter zu seinen Vasallen zählend. Sie waren bis zu diesem Zeitpunkt eines der mächtigsten Geschlechter des in Böhmen und Meissen anlässigen Adels, welches schon über drei Jahrhunderte daselbst herrschte. Zu unserer Zeit befaßen sie nebst Dohna: den Königsstein, die Riesenburg in Böhmen, den Winterstein, Weesenstein, Maxen, Dippoldiswalde, Gottleuba, den Giesenstein, Mügeln, Kotta, Pottschappel, Seifriedsdorf, Röhlschendorf, Königsbrunn und mehrere kleine Ortschaften, Dörfer, Weiler usw. eigentümlich. Demnach waren sie Herren eines Schöppenslechts (Dohnaisches Mal oder Dohnaischer Ritterding), welcher in Dohna seinen Sitz hatte und aus 18 adeligen Vasallen nebst dem vorstehenden Burggrafen bestand. Dieses Gericht, von welchem selbst das Ausland Urteil einholte, gab dem Burggrafen großes Ansehen und verlieh ihm große Rechte und bedeutende Gewalt. Selbst der Bräutigam der Elbbrücke zu Dresden gehörte ihnen entweder ganz oder nur teilweise, wahrscheinlich weil sie zum Bräutigam bedeutende Summen vorgekauften hatten. Ihr Jagdrevier erstreckte sich von einem Teil der jetzigen Grenze Böhmens bis ins Elbtal, von Pirna bis gen Meissen herab. Nechst den genannten Besitztümern und Rechten waren eine große Anzahl der Edlen und Ritter aus der Nähe und Ferne ihnen dienstpflichtig, und wo sich einer oder der andere dieser Ritter den Ansprüchen der Burggrafen nicht unterwerfen wollte, wurden sie von selbstigen befehdet, meist überwunden, von ihren Söhnen vertrieben, worauf die Dohnas sich eigenmächtig zum Herrn dieser Eroberungen machten. — Zur Zeit, als Burggraf Otto Dohnas Herrscher war, hatte derselbe 14 Vasallen, unter denselben Hans von Freiberg auf Borten, Jan von der Heyde auf Gamig, Runo von Carlowitz auf Zuchendorf, Erich von Wittigendorf, Elbert von Kötenitz auf Bärenstein, Veit von Thronitz (Thronitz), Hans von Theisewitz, Egon von Meusegast usw. angeführt werden. Außerdem befaßen sie in Dresden

einen Herrenhof, führten allenthalben ein rüdes, rohes Leben, und um die nötigen Mittel dazu zu erschwingen, saßen sie sich teils zu Bedrückungen ihrer Untertanen, teils zu Raub und Begehrerei genötigt.

Der alte Burggraf Otto, welcher bereits ein Mann in den sechziger Jahren war, hatte zwei Söhne, von welchen der älteste Jaska, gemeinlich Jeshke, der jüngere Maul von Dohna hießen. Jeshke hatte seinen Wohnsitz zumeist auf dem Weesenstein, wohingegen Maul gern auf der Burg Maxen weilte.

Dohna war damals eine wohlhabende Stadt; viele Stiftungen waren derselben im Laufe der Zeit verliehen worden, und Handel und Gewerbe blühten daselbst, begünstigt durch die Burggrafen. Der große Hofstaat, den sie dort hielten, die vielen Bankette, die mancherlei Feste, welche im Herrenhofe gefeiert wurden, die fremden Edlen, Ritter, Gefolgten usw., welche dort verkehrten und weilten, die vielen Wallfahrten zu den daselbst gestifteten Kapellen usw. waren dem Gedeihen des Ortes sehr förderlich. Die vielen Schlösser, Burgen und Ortschaften der Umgegend belebten Dohna wesentlich. Unter den Burggrafen, die zu damaliger Zeit in der Umgegend von Dohna existierten, finden wir Weesenstein, Maxen, Meusegast, Adrbitz (jetzt Krebs), Gamig, Thron (jetzt Tronitz), Borten, Theisewitz, Dippoldiswalde, der Grimmenstein, Zuchendorf u. m. a.

Bei ihren vielen Einkünften betrieben die Burggrafen, namentlich Jeshke, Begehrerei, wozu ihnen die Straße, die von Dresden über Dohna nach Böhmen führte, die schönste Gelegenheit darbot. Sie überfielen trotz dem markgräflichen oder anderen ritterlichen Geleite die Karawanen der Kaufleute, mordeten, stahlen und führten hinweg, was sie fanden.

An eben dem Tage, an welchem sich Wernher von Binau bei seinem Zwillingbruder Diether, Abt des Klosters zu Sobrigau, eingefunden, wollten wir einen Blick in das Innere des Schlosses zu Dohna werfen und eine Unterhandlung der dort verammelten Personen besichtigen. Wir betreten ein ziemlich großes, durch kleine Fenster nur spärlich erhelltes Zimmer und sehen in der Mitte desselben eine lange, aus Eichenholz gefertigte Tafel, welche an den acht ausgeschweiften Beinen, aus welchen sie ruht, mit mancherlei Figuren, namentlich Tierköpfen, verziert ist; um dieselbe hochbeinige und mit hohen Lehnen versehene, mit grünem Samt überzogene Sessel, deren Armlehnen größtenteils vergoldet sind, und an den Seitenwänden dieses Zimmers, dessen Boden mit Marmorplatten gefastet ist, einige kleine Wandische, einen großen Schenkisch und einzelne verschlossene Spinde und Truhen.

Um die genannte lange Tafel sehen wir mehrere männliche Gestalten, im Gespräch begriffen, sitzen; ab und zu gehen Pagen und Knappen, welche große goldene und silberne Pokale aus ähnlichen Krügen mit Wein anfüllen und den an der Tafel befindlichen Personen kredenzen oder auf die Tafel stellen.

Oben an der Tafel sitzt der greise Burggraf Otto, eine männlich-kraftige Figur mit faltenreichem, weinrotem Gesicht, buschigen Augenbrauen, großen, glänzigen, feurigen Augen, stark hervortretenden Stirnadern, weißem Haupthaar und grauem langen Bart um Mund und Kinn. Er hat eine männliche, tiefe und reine Stimme, ist angetan mit einem braunseidenen Wams und ebensolchen Hosen, beide durch mit weißen Puffen versehene Schlitze an den Armen und Oberschenkeln verziert. Um den Hals trägt er eine kurze weiße Krause, eine große, starke und schwere goldne Kette prangte um Hals und Brust, und lange, rotbraune Stiefel mit goldenen Sporen zieren die Füße. — Ihm zur Linken saß der Burggraf Jaska, ein dicker, feistes Männlein mit heiterem, roten Gesicht, schlauer, lustiger Miene, kleinen, tiefliegenden, grauen und lauernden Augen, in einer gewöhnlichen Kutte, wie sie die Augustinermönche trugen, ein großes Schreiben, mit mehreren Siegeln behangen, in der Rechten haltend und darinnen lesend. Zur Rechten des alten Burggrafen lag auf seinem Sessel ausgestreckt, in einen leichten, silberglänzenden Harnisch eingekleidet und einen reichverzierten Helm auf dem Schoß haltend, der Burggraf Jeshke, ebenfalls ein großer, starker, kräftiger Mann in den ersten vierziger Jahren, mit einem mehr hageren, lässlichen, meist bartlosen Gesicht, kleinen, tiefliegenden, listigen Augen und mehr braunblondem Haupthaar. Neben diesem saß der zweite Sohn des Burggrafen, Maul, etwa zehn bis zwölf Jahre jünger als Jeshke, ebenfalls leicht bepanzert, weniger kräftig gebaut, doch mit einem zarten Gesicht, feinen, edlen Zügen, gutmütigen, blassen Augen, hellem Haar und einem dergleichen langen Rinnbart begabt.

Auf der andern Seite der Tafel, neben dem Hauspaffen, saßen zwei Verwandte des Burggrafen, nämlich Jan von der Heyde und John von Dohna, letzterer ein Dohna von einer Seitenlinie des Stammhauses. Am untern Ende der Tafel endlich saß der Ritter und Bailall des Burggrafen Veit von Thronitz, der Vertraute und Helfershelfer des bösen Jeshke. Die Kleidung der letzten drei bestand in grünen Wämisen, ähnlichen Hosen, mit gelben Puffen geziert, langen, besporkten Stiefeln und schwarzen Baretts mit weißen Straußfedern.

(Fortsetzung folgt)

\*) Ein Vergleich zwischen dem Bischof zu Meissen und dem Burggrafen zu Dohna, 1200, erwähnt einer Burg Thronitz, wahrscheinlich das noch jetzt bestehende Dorf Thronitz.



des trügeren Vorkommens in Marotto, des Senators Berenguer, wegen der militärischen Katastrophe in Marotto einzuholen.

Die femalliche Regierung wird auf der Orientkonferenz durch den Generalstabchef Smet Falcha und durch Bethi bei vertreten sein.

### Eine neue Beschränkungsnote.

Berlin, 31. Oktober. Vor einigen Tagen wurden mehrere Entente-Kontrolloffiziere, die in Bassau die Reichswehrkaserne besichtigten, von der Volksmasse angegriffen. Wegen dieses Zwischenfalls hat jetzt der Vorsitzende der Entente-Militärkontrollkommission General Kollat der Reichsregierung eine Note zugehen lassen. Die amtliche Unterjuchung ist im Gange.

Berlin, 2. November 1922.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat bei der belgischen Regierung Vorstellung erhoben wegen der Fötung des Johann Arno Bodewin, der von belgischen Marineoffizieren bei einem Tangbergang in Düsseldorf-Deerdt erschossen worden ist.

Als Spitzenlandrat für die ober-schlesischen Wahlen wollen die Sozialdemokraten für den Reichstag Dr. Rudolf Hilferding, für den Preussischen Landtag Ministerialrat Dr. Badt vom preussischen Ministerium des Innern aufstellen.

In Westfalen haben die Bedebouranhänger durch die Genossenschaft der Hagener „Volksstimme“ mit 43 gegen 39 Stimmen einen Beschluß fassen lassen, daß die „Volksstimme“ als unabhängiges Organ weiter herausgegeben wird.

Das amerikanische Gesetz über die Rückerstattung des deutschen Eigentums, soweit es einen Wert von 100 000 Dollar nicht übersteigt, soll demnächst im Kongreß verabschiedet werden.

### Frankreich: Denkmalsenthaltung in Compiègne.

Am 11. November wird im Walde von Compiègne an der Stelle, wo der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, ein Denkmal enthüllt werden. Bei dieser Feier werden der Präsident der Republik, die Präsidenten des Senats und der Kammer sowie alle Parteivorsitzenden zugegen sein, ebenso die Vorkämpfer der alliierten Staaten.

### Benelux-Staaten: Die Regelung der Schuldenfrage.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Washington wird die amerikanische Regierung warten, bis die Sachverständigen das Reparationsproblem gelöst haben, ehe sie ihre Teilnahme an einer internationalen Wirtschaftskonferenz beschließen wird, auf der die Schuldenfrage diskutiert werden soll. Die Regierung betrachtet die allgemeine Lage nicht als entmutigend. Sie wird bei den Schuldnerstaaten nicht auf sofortige Zahlung drängen, aber sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß diese Schulden nationale Verpflichtungen darstellen. Die Verhandlungen werden so lange andauern, bis eine Lösung gefunden sein wird.

### Wieder ein Attentat gegen die Presse.

Berlin, 1. November. Wie die Deutsche Tageszeitung meldet, beabsichtigt die Post, für die Zeitungen wieder Bestellgebühren einzuführen und zwar in einer ganz außerordentlichen Höhe. Die Bestellung einer jeden Zeitung soll künftighin 1 Mark 50 Pf. kosten. Ein Wochenblatt würde an Bestellgebühren im Jahr 78 Mark kosten, eine sechsmal in der Woche erscheinende Zeitung kostet bei 300 Nummern im Jahr 450 Mark Postbestellgebühren. Dadurch wird der Zeitungsbezug durch die Post maßlos verteuert.

### Bürgerlicher Wahlsieg in Halle.

Halle (Harz), 1. November. Die Stadtverordnetenwahl in Halle a. Harz ergab einen Sieg nach rechts. Bisher waren unter 14 Gemeindevorstellern nur 4 Bürgerliche. Im neuen Stadtparlament dagegen erscheinen 16 Bürgerliche und 4 Kommunisten.

### 2 1/2 Billionen Kronen!

Wien, 1. November. Der österreichische Notenumlauf hat am 23. Oktober 2,684 Billionen Kronen, d. h. gegen die Vorwoche 93,4 Milliarden Kronen mehr, betragen. In der dritten Oktoberwoche sind auf den italienischen Borsfuß 38 Mill. Lire eingegangen, wodurch sich die ausländischen Guthaben des Staates bei der Notenbank auf 102 Milliarden Kronen erhöht haben.

### Neue Irrtümer in Irland.

London, 1. November. Einer Blättermeldung zufolge wurde in Dublin von den Rebellen versucht, das Polizeibüro in die Luft zu sprengen. Dabei wurden sechs Personen verwundet. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Amerika fordert Zahlung der Schulden.

Washington, 1. November. In hiesigen Regierungskreisen wird erklärt, die amerikanische Regierung wolle warten, bis die Sachverständigen das Schuldenproblem gelöst haben, ehe sie ihre Teilnahme an einer internationalen Wirtschaftskonferenz beschließen, auf der die Schuldenfrage diskutiert werden sollte. Die Regierung soll der Ansicht sein, daß ein Erlaß der Schulden keine Lösung des Problems darstelle, aber daß dieses Problem auf irgendeine Weise gelöst werden müsse. Die Regierung betrachtet die allgemeine Lage nicht als entmutigend. Sie wird allerdings bei den Schuldnerstaaten nicht auf sofortige Zahlung drängen, aber sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß diese Schulden nationale Verpflichtungen darstellen.

### Handelsteil.

Berlin, den 1. November 1922.

Der heutige Börsentag war ein Haupttag, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Es kamen Kurssteigerungen bis um 7000 Prozent vor! Ein Kursstand von 10 000 und mehr ist schon keine Ausnahme mehr. Es heißt, daß die Hauptursache dieses Hausstrebens in starken ausländischen, besonders englischen Kaufkraftzuflüssen zu suchen ist. Besonders wilde Kursstöße um Taufende von Prozenten gab es bei den Montanwerten, Kalkmarkt, chemische Werte, Elektropapiere, am lebhaftesten Maschinenaktien, zeigten ein ähnliches Bild; auch bei Textilaktien, Salinapapieren, Erdölwerten, Kolonialwerten und am Kalkmarkt ging es gleichfalls lebhaft und hässlich vor. Dagegen lagen Banken verhältnismäßig ruhig. Eine bemerkenswerte Kurssteigerung um mehr als 100 Prozent erzielte die dreiprozentige Reichsanleihe auf Rüsse von englischer Seite hin. Der Markt der unnotierten Werte war nicht ganz so stürmisch, wies aber doch gleichfalls manche recht erhebliche Kurssteigerung auf. Im Gegenstoß hierzu verlei-

ous weiltengewalt den ganzen Tag über ziemlich ruhig. Die Berliner Reparationen machten die Spekulation nervös, so daß starke Kursrückgänge zu verzeichnen waren. Im allgemeinen schloffen aber die fremden Devisen etwas höher als gestern.

Auch die Haltung der Produktenbörse war sehr uneinheitlich. Trotz des geringen Angebots der Bandwirtschaft war die Tendenz anfangs schwach, erholte sich aber später.

Auf dem Schlachtviehmarkt waren die Aufkäufer heute größer, als man erwartete. Das lag daran, daß die anliefernden Landwirte noch die niedrigeren Ostoberkräften ausnutzen wollten. Infolgedessen waren bei lebhaftem Geschäft keine sehr erheblichen Preissteigerungen zu verzeichnen. Geringere Sorten notierten sogar niedriger.

### Der Stand der Markt.

Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

Waren	1. 11.	31. 10.	1914
1 holländischer Gulden	1773	1775	1,87 M.
1 belgischer Frank	297	291	0,80 "
1 dänische Krone	910	913	1,12 "
1 schwedische Krone	1211	1211	1,12 "
1 italienische Lira	191	182	0,80 "
1 englischer Pfund	20199	20399	20,00 "
1 Dollar	4588	4488	4,20 "
1 französischer Frank	321	316	0,80 "
1 österreicherischer Frank	820	807	0,80 "
1 tschechische Krone	143	144	—

### Sächsisches.

Die Einfuhr von Auslandszucker ist vom 16. November ab nur noch auf Grund behördlicher Genehmigung zulässig. Für Auslandszucker, der vor dem 1. November gekauft ist, werden den einführnden Firmen auf Antrag Einfuhrbewilligungen noch erteilt werden, wenn sie den Zucker der zudererarbeitenden Industrie zur Verfügung stellen. Für Auslandszucker, der nach diesem Zeitpunkt gekauft ist, wird lediglich den Spitzenverbänden der zudererarbeitenden Industrie Einfuhrbewilligung erteilt werden. Die Sperre der Einfuhr von Auslandszucker konnte vorgenommen werden, da damit gerechnet werden kann, daß der Mundbedarf der Bevölkerung aus der inländischen Ernte hinlänglich befriedigt werden kann. Die erste Verteilung von Zucker neuer Ernte ist durch die Zuckerwirtschaftsstelle nunmehr vorgenommen worden. Der Zucker, dessen Unterverteilung den einzelnen Ländern obliegt, wird im Laufe des Monats November zur Ausgabe gelangen.

Es ist es noch Franzismarkstücke in größerer Zahl? Das ist heute wirklich eine Preisfrage, nachdem 20 Mark in Gold = 13 000 Mark Papier gelten sollen. Zu entscheiden ist das schwer, denn die Inhaber von goldenen Doppelkronen werden sie kaum offen auf den Tisch legen, so daß sie gezählt werden können, aber wer den deutschen Charakter kennt, der wird sich der Meinung zuwenden, daß es wirklich noch eine ganze Menge von Goldstücken gibt, die in privatem Besitz geheim und versteckt gehalten werden. Der Reiz, durch Hervorholen des Goldes einen tüchtigen Verdienst zu erzielen, ist wohl sehr groß, aber der Stolz und die Eitelkeit, einen Goldfuchs zu besitzen, den viele nicht mehr haben, ist auch nicht gering. Und für den, der 200 000, 300 000 oder gar 500 000 Papiermark besitzt, für den macht es nicht viel aus, ob er noch 13 000 Papiermark mehr hat oder nicht. Unter Hinterlassenschaft sind schon oft Münzen und andere Kuriositäten von hohem Wert gefunden worden, die die Besitzer zu hohem Preise hätten veräußern können, aber sie beklügelten sie und hatten ihre stille Freude daran. Und so wird es auch bei den Goldstücken sein.

Grumbach. Eine 69jährige Rentempfängerswitwe warf sich kurz vor dem hiesigen Bahnhof auf die Schienen und fand den gesuchten Tod.

Brand-Erbsdorf setzte den Preis für elektrisches Licht auf 18 M., den Kraftstrompreis auf 10 M. für die Kilowattstunde fest.

Chemnitz. Der 20jährige Bankbeamte Kurt Mühl aus Kupferhammer Gränthal, der 750 000 M., die er für eine Bank in Sessen aus Chemnitz zu holen hatte, unterschlagen hat, ist in Leipzig verhaftet worden. Von der unterschlagenen Summe will er 500 000 M. einem Bekannten gegeben haben, um sich an einem Geschäft zu beteiligen. Den Rest hat er in Berlin und Leipzig bis auf 700 M. verpraßt.

Chemnitz. Das Schöffengericht (Jugendgericht) hatte sich mit Diebstählen von drei jungen Mädchen zu beschäftigen. Das, was diese drei vielversprechenden Angeklagten geleistet haben, hält man einfach in solchem Alter bei Mädchen nicht für möglich. Aber es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß der Jugend heutzutage eben kein Ding mehr unmöglich ist. Angeklagt waren die 17jährige Gertrud Georgi, deren 15jährige Schwester Hildegard und die 13jährige Katharina Bohnmann. Die Mädchen stahlen in den Geschäften Schürzen, Hemden, Taschentücher, Kleiderstoffe, Wollkleider, Hülsen, seidene Strümpfe, 3 kunstseidene Jumper, Zwirn, Mützen, Schuhe, Töpfe, Liegel, Handtaschen, Tassen usw. Die Sachen trugen sie teilweise selbst oder bewahrten sie zu Hause auf. Ihren Eltern gaben die Mädchen an, daß sie auf der Suche nach Arbeit seien. Weiter stahlen die Angeklagten — immer zu dritt — aus mindestens 20 verschiedenen Läden etwa 60 Pfund Margarine, mehrere Stück gute Butter und schließlich aus einem solchen Buttergeschäft auch 1750 M. in bar, die auf der Ladentafel gelegen hatten. Da die Mädchen schließlich zu Hause angekommen hatten, daß sie Arbeit hätten, verkauften sie die Margarine und Tassen dann mit dem Erlös Arbeitslohn vor. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte, daß er eine solche Fülle von in ganz dreierlei und frecher Weise ausgeführten Diebstählen noch nicht erlebt habe. Das Gericht verurteilte die Gertrud Georgi und die Bohnmann zu je 1 Jahr Gefängnis und die 15jährige Hildegard G. zu 6 Wochen Gefängnis.

Meerane. Aus dem Zollschuppen des hiesigen Bahnhofes wurden Stoffe im Werte von 900 000 M. gestohlen. Als Täter kommen zwei Bahnarbeiter in Betracht, von denen einer verhaftet worden, der andere flüchtig ist.

Glauchau. Dem hiesigen Frauenhospital spendete sein Patron, Graf Joachim von Schönburg-Glauchau 100 000 M.

Zwickau. Die hiesige Stadt kaufte vor dem Kriege vom Staate das hiesige Krankenhaus für 2 Millionen Mark und brachte für den Bau des neuen Krankenhauses noch weitere große finanzielle Opfer. Während der Kriegszeit ruhten die schon weit vorgeschrittenen Bauten des neuen Krankenhauses. Bei Wiederaufnahme der Bauarbeiten stiegen Löhne und Materialpreise ins Ungemessene und nun forderte der Staat für das alte Städt sechs Millionen Mark Kaufpreis und auf 10 Jahre mißfreie Ueberlassung der zwischen Verdauer-, Karola-, Luther- und Städtstraße gelegenen umfangreichen Gebäude des alten Städt. Nach langen Verhandlungen hat die Stadt nunmehr die neuen Kaufbedingungen anerkannt. Sechs Wochen nach Vertragsunterschrift wird mit dem allmählichen Abbau des Stadtkrankenhauses begonnen, da sich die Stadt 135 Betten, natürlich gegen weitere große finanzielle Leistungen, im neuen Krankenhaus gesichert hat.

Zwickau. Die hiesige Volksschule feierte am 28. Oktober ihr 60jähriges Bestehen mit einem Festkommers in den Lindendalen, in denen Hunderte von Grubenlampen mit buntem Geleucht brannten. Die früheren Bergschüler überreichten einer Stiftung von 60 000 M. eine weitere Stiftung von 8000 M.

Die Vorortgemeinde Lichtenhain hat 30 000 M. zur Beschaffung der für die Kernkraftfreiheit gehörigen Heft-, Wäcker-, Zeichenscheitels usw. ausgeworfen.

Die Gemeinde Wilkau brachte 600 000 M. für die Notleidenden auf.

Zwickau. In der am Montag stattgefundenen Sitzung des Stadtvorordnetenkollegiums wurde der Vertrag über die Einverleibung des Vorortes Schönbach nach Zwickau mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Annaberg. Jugend von heute. Durch die Kriminalpolizei wurden hier mehrere jugendliche Diebe ermittelt, die ihren Lehrherren bzw. Arbeitgebern nach und nach Waren im Gesamtwerte von mehr als 100 000 M. gestohlen und weiterverkauft hatten. Auch die Abnehmer des gestohlenen Gutes dürften wegen Verdachts der Hehlerei die Gerichte beschäftigen.

Schneeberg. Die Stadtvorordneten genehmigten die Erhöhung der Beteiligung der Stadt an der Aktiengesellschaft Radiumbad Oberschlema von 50 000 auf 150 000 M., lebte aber die vom Rate beantragte Erhebung einer Wohnungsbaubausgabe von 25% mit der Begründung ab, daß sie eine starke Belastung bedeuten und doch bei der Geldentwertung die angefallenen Beträge keine Linderung der Wohnungsnot bringen würde.

Rodewisch. Ein noch glimpflich verlaufener Unfall trug sich bei der Firma Herrenscheide-Fabriken G. m. b. H. hier, an. Während des Betriebes zerbrach plötzlich unter lautem Knall eine eiserne Dampfplättglocke. Durch den ausströmenden Dampf und herumgeschleuderte Eisenteile wurden zwei Arbeiterinnen verletzt, eine dritte trug einen Kopfschlag davon.

Plauen i. V. Einem hiesigen Handarbeiter wurde der im Hansfür stehende Kleiderschrank erbrochen und daraus Kleidungsstücke im Werte von 100 000 M. gestohlen. — Einer Verkäuferin von auswärts wurde auf dem Bahnhof ihr Geldtäschchen mit 50 000 M. in deutschen und tschechischen Noten gestohlen.

Deisnau i. V. Ein hiesiger Bankbeamter kaufte von einem Unbekannten einen Pelz für den geringen Preis von 30 000 M. Bald darauf stellte sich heraus, daß dieser aus einem Leipziger Pelzwarenhause gestohlen war. Der Pelz wurde beschlagnahmt und das Geld ist obendrein weg.

Bauhen. Gutscheine aus Aluminium gibt als neuestes Hilfsmittel zur Linderung der Zahlungsmittelnot das Vereinigte Aluminiumwerk Lauterbach aus. Die Scheine haben einen Wert von 20, 50, 100 und 200 M.

Bauhen. Der Kommandant der hiesigen Artillerieabteilung und Standortälteste der Garnison Bauhen, Oberleutnant Stecher, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Gründe sollen privater Natur sein. Oberleutnant Stecher führte zu Beginn des Weltkrieges die Marine-Feldbatterie in Tlingtau und nahm an der Verteidigung Tlingtaus bis zum Fall der Festung teil.

Herrnhut. Die bekannte Zigarrenfabrik Querninger beging ihr 175jähriges Geschäftsjubiläum. Sie sah von äußeren Festlichkeiten ab und machte den Arbeitern und Angestellten zwei Millionen Mark Zuwendungen. Ebenfalls wurde eine Million Mark für soziale Zwecke gestiftet.



**Deutsche Volkspartei**  
Freitag den 3. Nov. 1922 abends 8 Uhr  
im Saale der  
„Reichstrone“  
**Dippoldiswalde**  
große öffentliche  
**Versammlung.**  
Redner: Herr Korvetten-Kapitän Megehnin.  
Recht zahlreichem Besuch liegt entgegen  
der Ortsverein Dippoldiswalde und Umgegend.

**Dippoldiswalde und Umgeg.**  
Morgen Freitag den 3. November abends 7 1/2 Uhr  
spricht im Schützenhaus  
**Chefredakteur und Reichstagsabgeordneter**  
**Stampfer, Berlin.**  
Freie Aussprache.  
Arbeiter, Beamte, Angestellte, Kleinbauern und Mittelständler!  
Hört, was dieser hervorragende Politiker Euch zu sagen hat! Er-  
scheint in Ratten! Die Vereingte Sozialdemokratische Partei.



**Ata**  
bestes  
**Putz- u.**  
**Schneuemittel**  
Unentbehrlich  
in Haus,  
Werkstatt,  
Fabrik.  
Henkel & Cie.  
Düsseldorf

Bierapparat mit Heizung,  
Harmonium zu kaufen gesucht.  
Oh. u. „W. 3.“ an die Gesch. istst.  
**Numoderne**  
**Hüte**  
werden wieder auf neu vorge-  
richtet in der  
**Färberei Kunst,**  
jetzt Freiberger Str. 233.

**Druckfachen**  
Herr Carl Jedna.

**Toilette Seifen**  
Herr Lohm-12. ch  
Drog. zum Emsfonten  
Dippo-diswalde

Wir geben für Adhler  
**Wochenkarten**  
für 6 Nummern der „Weißeritz-Zeitung“ zum Preise  
von 50 Mark aus, die an jedem Tage entnommen  
werden können. — Einzel-Nr. 10. —

Verlag der „Weißeritz-Zeitung“